

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Sessionsvorschau

Nationalrat Herbstsession 2026

Publikationsdatum: 03.09.2026





Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Nationalrat Herbstsession 2026	4
25.065 - Wohnraumförderungsgesetz. Änderung	Eintreten 4
24.3961 - Verschärfung der Lex Koller	Annahme 4
25.049 - Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz	Eintreten 5
26.3012 - Die von pflegenden Angehörigen erbrachten Grundpflegeleistungen definieren und die Vergütung durch die OKP klären	Annahme 5
26.3013 - Pflege durch Angehörige. Qualitätssicherung und stärkere Planungsbefugnisse im Rahmen des Zulassungsverfahrens von Spitex-Organisationen	Annahme 6
26.3519 - Separate Rechnungsausweisung von durch pflegende Angehörige erbrachten Leistungen	Annahme 6
25.4674 - Für eine echte Asylstrategie im Interesse der Schweizer Bevölkerung	Ablehnung 7
Impressum	8



Editorial

Die Stärkung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum ist angesichts des anhaltenden Wohnungsmangels für die Städte von grosser Bedeutung. Der Schweizerische Städteverband setzt sich für eine Wohnraumpolitik ein, die die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fördert und den Bedürfnissen der vielfältigen und wachsenden Städte Rechnung trägt. Er empfiehlt deshalb, das Geschäft 25.065 «Wohnraumförderungsgesetz. Änderung» anzunehmen und die Motion 24.3961 «Verschärfung der Lex Koller» abzulehnen.

Im Asylbereich setzt sich der Schweizerische Städteverband für die Asylstrategie 2027 ein. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden stehen hinter diesem gemeinsamen Prozess. Die Motion 25.4674 «Für eine echte Asylstrategie im Interesse der Schweizer Bevölkerung» würde die aktuellen Arbeiten gefährden und unnötig blockieren. Er empfiehlt deshalb, die Motion abzulehnen. Die Städte müssen auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Staatsebenen sowie auf eine angemessene Unterstützung bei der Unterbringung und Betreuung von Personen im Asylbereich zählen können.

Darüber hinaus begrüsst der Schweizerische Städteverband die angekündigte aktuelle Debatte «Hitze- welle und Dürre», u.a. da für die Städte die Anerkennung der Hitze als Naturgefahr und damit als Verbundsaufgabe von sehr hoher Priorität ist.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Monika Litscher
Direktorin



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der Schweizerische Städteverband setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



Nationalrat Herbstsession 2026

25.065 Geschäft des Bundesrates

Wohnraumförderungsgesetz. Änderung

Mittwoch, 16. September 2026 - Nationalrat

Position: Die Änderungen im Wohnraumförderungsgesetz haben die Einführung eines Kostenmietmodells zum Ziel. Dieses Kostenmietmodell betrifft gemeinnützige Wohnbauträger, die durch Fördermittel nach Wohnraumförderungsgesetz (WFG) unterstützt werden.

Gemeinnützigen Wohnbauträger sind wichtige Partner der Städte und tragen zur Schaffung von qualitativem und preisgünstigem Wohnraum bei, was aufgrund der herrschenden Wohnungsknappheit ein wichtiges Anliegen der Städte ist. Der Städteverband begrüsst, dass der Bundesrat mit dem Kostenmietmodell mehr Transparenz in der Mietzinsgestaltung schaffen möchte.

Die Ausgestaltung des Mietzinsmodells wurde in der WAK-N diskutiert. Der Städteverband unterstützt die Präzisierungen der Kommission zu Artikel 38a zum Kostenmietmodell. Sie schaffen die oben erwähnte Transparenz und geben den gemeinnützigen Wohnbauträgern klare Anhaltspunkte für die zukünftige Mietzinsgestaltung nach dem WFG.

Bei Artikel 1 und 5 empfiehlt der Städteverband der Kommissionsmehrheit zu folgen. Der geförderte Wohnraum soll allen Steuerzahlenden zur Verfügung stehen.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, auf das Geschäft einzutreten und dem Bundesrat zu folgen. Bei Artikel 38a empfiehlt er der Kommission des Nationalrates zu folgen.

24.3961 Motion Aeschi (V/ZG)

Verschärfung der Lex Koller

Dienstag, 22. September 2026 - Nationalrat

Position: Die Motion verlangt, dass die Lockerungen des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) rückgängig zu machen sind. Damit würde der Erwerb von Grundstücken, Hauptwohnungen, Zweitwohnungen, Ferienwohnungen, Mehrfamilienhäusern und Geschäftsimmobilen durch im Ausland lebende Personen erschwert.

Der Städteverband hat sich bereits in **seiner Stellungnahme** zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) für eine Rückführung des BewG zu seinem ursprünglichen Zweck ausgesprochen. Für die Städte steht die Eindämmung von spekulativen Käufen und Investition durch Personen im Ausland im Vordergrund. Der Städteverband unterstützt deswegen die Motion.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, die Motion anzunehmen.



25.049 Geschäft des Bundesrates

Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz

Mittwoch, 23. September 2026 - Nationalrat

Position: Der Ständerat ist in der Sommersession nicht auf das Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG) eingetreten. Der Nationalrat muss nun entscheiden, ob er daran festhält. Mit dem MODIG will der Bund den Austausch und die Vernetzung von Mobilitätsdaten sektor- und angebotsübergreifend fördern.

Der Bau von Verkehrsinfrastrukturen, Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement sind staatliche Kernaufgaben. Ein einfacher Zugang zu Mobilitätsdaten und deren reibungsloser Austausch werden dafür immer wichtiger. Verkehrs- und Mobilitätsdaten sind in vielen Bereichen bereits heute in staatlicher Hand. Mit MODI werden bestehende Dateninseln überwunden und die notwendigen Schnittstellen für die Vernetzung geschaffen. Diese Infrastruktur muss losgelöst von kommerziellen Interessen, diskriminierungsfrei und im Interesse der Gesamtmobilität betrieben werden. Ein Betrieb durch den Bund ist dafür die richtige Lösung – nur so ist die digitale Souveränität der Schweiz im Mobilitätsbereich langfristig gesichert.

Vielerorts stossen Verkehrsinfrastrukturen und Mobilitätsangebote an ihre Kapazitätsgrenzen. Gerade in den Städten ist die Bewältigung grosser Verkehrsströme auf engem Raum eine zentrale Herausforderung. Infrastrukturausbauten sind nur noch punktuell möglich und sinnvoll – oft fehlt der nötige Platz, oder die Kosten sind zu hoch. Genau hier setzt MODI an: Durch die Vernetzung von Mobilitätsdaten über alle Verkehrsträger hinweg können bestehende Infrastrukturen effizienter ausgelastet werden. Das spart Kosten für Bau und Betrieb und ermöglicht ein effizienteres, multimodaleres und nachhaltigeres Mobilitätssystem.

Bei der Erarbeitung des MODIG waren alle relevanten staatlichen Stellen und Stakeholder der Mobilitätsbranche einbezogen. Das Ergebnis ist eine fundierte und ausgewogene Lösung, die es nun umzusetzen gilt.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt dem Nationalrat, erneut auf das MODIG einzutreten.

26.3012 Motion Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat (SGK-S)

Die von pflegenden Angehörigen erbrachten Grundpflegeleistungen definieren und die Vergütung durch die OKP klären

Dienstag, 29. September 2026 - Nationalrat

Der Städteverband empfiehlt die Motion zur Annahme, damit der Bundesrat den Auftrag erhält, die verschiedenen Aspekte in Zusammenhang mit pflegenden Angehörigen zu regeln. Für die Argumentation vgl. 26.3013.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, die Motion anzunehmen.



26.3013 Motion Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat (SGK-S)

Pflege durch Angehörige. Qualitätssicherung und stärkere Planungsbefugnisse im Rahmen des Zulassungsverfahrens von Spitex-Organisationen

Dienstag, 29. September 2026 - Nationalrat

Position: Die Motion will erreichen, dass die Kantone bei der Zulassung von Spitex-Organisationen, die pflegende Angehörige anstellen, verbindliche Qualitätskriterien berücksichtigen müssen und die Abrechnung von Pflegeleistungen durch Angehörige über die OKP auf einen oder mehrere Leistungserbringer pro Region beschränken können.

Dadurch sollen sowohl die Qualität der Pflegeleistungen als auch der Schutz der pflegenden Angehörigen sichergestellt werden. Die Anstellung von pflegenden Angehörigen ist für die kommunale Ebene von grosser Bedeutung, weil sie je nach innerkantonaler Zuständigkeit unmittelbar und sehr stark betroffen ist. Dass pflegende Angehörige für ihre unverzichtbare Arbeit eine Abgeltung erhalten, wird von den Städten begrüsst. Ihre Anstellung durch eine Vielzahl neuer kleiner Firmen bringt jedoch neue Herausforderungen an Qualität, Finanzierung und Transparenz mit sich.

Im Interesse der pflegenden und betreuenden Angehörigen sowie der öffentlichen Hand spricht sich der Städteverband für klare Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige bezüglich Definition, Qualität, Transparenz, Anstellungsbedingungen und Höhe der Abgeltung auf Bundesebene aus. Der Bund soll einheitliche Vorgaben erlassen, ohne die bestehenden Bemühungen von Kantonen zu übersteuern.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, die Motion anzunehmen.

26.3519 Motion Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat (SGK-N)

Separate Rechnungsausweisung von durch pflegende Angehörige erbrachten Leistungen

Dienstag, 29. September 2026 - Nationalrat

Position: Der Städteverband empfiehlt die Motion zur Annahme, damit der Bundesrat den Auftrag erhält, die verschiedenen Aspekte in Zusammenhang mit pflegenden Angehörigen zu regeln. Für die Argumentation vgl. **26.3013**.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, die Motion anzunehmen.



25.4674 Motion Germann (V/SH)

Für eine echte Asylstrategie im Interesse der Schweizer Bevölkerung

Mittwoch, 30. September 2026 - Nationalrat

Position: Die Motion verlangt eine neue Asylstrategie und will die Arbeiten an der Asylstrategie 2027 stoppen.

Mit der gemeinsamen **Verabschiedung des Mandats für die Asylstrategie 2027** sind Bund, Kantone, Städte und Gemeinden seit November 2025 mit Hochdruck daran, diesen Anpassungsbedarf mit konkreten Massnahmen anzugehen. Dabei werden die von der Motion Germann definierten Ziele bis auf Punkt 5 alle adressiert: Die Asyl- und Beschwerdeverfahren sollen beschleunigt, die Pendenzen rascher abgebaut und Rückführungen erhöht werden; zudem soll stärker gegen straffällige Personen vorgegangen werden. Die intensivierte Zusammenarbeit in der Task Force Intensivtäter zeigt Wirkung.

Die Motion würde die aktuellen Arbeiten gefährden und unnötig blockieren. Die Stärke der Asylstrategie 2027 besteht in der Zusammenarbeit der drei Staatsebenen. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden stehen hinter diesem gemeinsamen Prozess.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, die Motion abzulehnen.

Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
[LinkedIn](#)